

DIE

OKTOBER 2013

SPITZE

WWW.SPPLUS-WOHLLEN.CH

BOTSCHAFT

KONTAKT: SPPLUS WOHLLEN · POSTFACH 319 · 3032 HINTERKAPPELEN

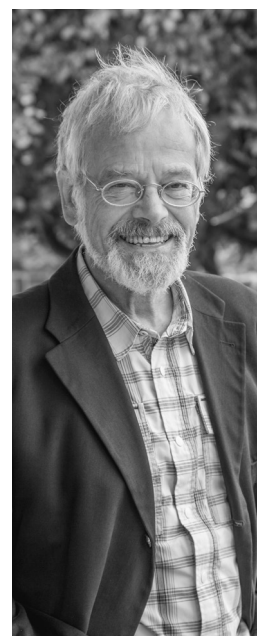


Sozialdemokratische Partei
Wohlen BE

WOHLLEN 2020: WELCHE GEMEINDE WOLLEN WIR? EINE FEUDALE ALS HEIMAT FÜR WENIGE ODER EINE «EIDGENÖSSISCHE» ALS HEIMAT FÜR ALLE?

Bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts gab es eine «eidgenössische Schweiz», basierend auf den Errungenschaften der französischen Revolution, nämlich auf «Liberté, Egalité, Fraternité» oder – etwas anders formuliert – auf Solidarität, gegenseitigem Respekt und Chancengleichheit, garantiert durch einen starken Staat. Auch die Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg wirkten noch lange nach, die besagten, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sich gegenseitig zum Überleben brauchten. Das sind vergangene Zeiten. Heute beherrschen andere Kräfte das Feld! «Mehr Freiheit, weniger Staat» hiess es bei den Rechten – wie wenn diese zwei Begriffe voneinander unabhängige Grössen wären. «Macht Gurkensalat aus dem Staat» war die Parole der Linksautonomen. Diese Postulate sollten rascher in die Realität umgesetzt werden als gedacht. Und die Auswirkungen sind verheerend. Seit Jahren bestimmt hierzulande die Umverteilung des Besitzes von unten nach oben das politische Klima («Feudalisierung der Schweiz»). Besitzende werden noch und noch begünstigt, und es entsteht eine Zweiklassengesellschaft, in der die weniger Bemittelten

zunehmend unter Druck geraten. Der unselige Steuerwettbewerb unter den Kantonen, die katastrophale schweizerische Unternehmenssteuerreform II und das stete Bemühen der Rechtsbürgerlichen, dem Staat die notwendigen Mittel zu entziehen, und schliesslich das unaufhörliche Schlechtmachen der staatlichen Institutionen haben in unserer Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen und gewaltigen Schaden angerichtet. Und auch in unserem Kanton Bern übernehmen zunehmend rechtsbürgerliche Kreise diesen Takt, so dass nach dem hausgemachten Desaster nur noch rigorose und einschneidende Budgetreduktionen den Staatshaushalt im Lot halten. Ein vorläufiger Gipfel wurde erreicht, als die rechtsbürgerlichen Parteien mithalfen, die Motorfahrzeugsteuern zu senken, so dass dem Staate Bern weitere dringend notwendige 100 Millionen Franken Einnahmen verloren gingen. Seither sind die entsprechenden Politiker nach ihren bösen Taten ihrem Sparwahn definitiv erlegen, kennen sie doch kein anderes Thema mehr. Der Grosse Rat überschlägt sich mit Vorschlägen, wie und wo die Bernische Finanzzitrone noch weiter ausgepresst wer-



Ueli Corrodi
Vizepräsident SPplus

den könnte: Einsparungen bei der öffentlichen Sicherheit, bei den Sozialleistungen, bei den Schulen, im Gesundheitswesen, insbesondere in der gemeindenahen Psychiatrie, und schliesslich in der Suchthilfe, wo der Kanton über Jahrzehnte eine einzigartige Pionierrolle einnahm. Natürlich, den Begüterten tut das alles kaum weh, gibt es doch beispielsweise Privatkliniken, Privatschulen, private Sicherheitsfirmen und private Spitex mit beispielsweise osteuropäischem Personal. Blüten sollen alle andern, die weniger Bemittelten, die auf einen starken Staat angewiesen wären. Da wird auf dem Rücken vieler Benachteiligter Steuerpolitik der ganz üblen Sorte und ein rasanter Umbau unserer Gesellschaft mit schlimmen Auswirkungen betrieben. Den rechtsbürgerlichen Kräften ist eine solche Entwicklung egal, Hauptsache ist, dass Steuern reduziert werden. Welch erbärmliche politische Agenda! Es interessiert nicht, dass dabei an den Grundfesten des Zusammenlebens gerüttelt und unser Staatswesen an den Rand des Abgrunds geführt wird und auf diese Weise droht, schliesslich vor die Hunde zu gehen.

Das alles sei «eidgenössische» und kantonale Politik und habe mit Wohlen nichts zu tun? Weit gefehlt! Man lese nur das letzte Editorial in den «Gemeindeinfo» vom September 2013. Da propagiert einer der Ober-Exponenten der Wohl-

ener Rechtsbürgerlichen doch tatsächlich weitere Einsparungen und Steuerreduktionen, wohl ebenfalls zum Nachteil der Schwächsten und Bedürftigsten, zu Lasten derer, die ohnehin zu den Verlierern der Globalisierung gehören. Bleibt zu hoffen, dass sich die Wohlener Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei den kommenden Gemeindewahlen an solche Aussichten erinnern.

Und schliesslich sei am Rand und fast anekdotisch erwähnt, dass der besagte Schreiber vom rechten Rand des politischen Spektrums wie alle seine Vorgänger einmal mehr versucht, die vor Jahren demokratisch gefällte Entscheidung zum Bau eines Uferweges zu hintertreiben. Wie wenn es kein Seeufergesetz, keinen Beschluss der Gemeindeversammlung und keinen Beschluss des aktuellen Gemeinderates gäbe. Oder ist das Ganze nur Schaumschlägerei? Man sieht jedoch: «Volksbeschlüsse» sind in diesen Kreisen nur gültig, wenn das Volk «richtig» entschieden hat. Vielleicht sind auch solche Machenschaften bei den kommenden Gemeindewahlen einen kurzen Gedanken wert.

Ueli Corrodi, Vizepräsident der SPplus.

Literatur: Viktor Parma, Oswald Sigg: Die käufliche Schweiz. Für die Rückeroberung der Demokratie durch ihre Bürger. Nagel und Kimche, 2011.

GENERATIONEN VERBINDEN

Dorfen auf dem Dorfplatz - meine Vision

Vom unwohnlichen Vorplatz des Domicil für Senioren zum Platz, wo Frau, Mann und Kinder «dorfen», wo sich die Generationen treffen, weil sich diese hier wohl fühlen!

Die Neugestaltung erlaubt Dorfplatzstimmung, ermöglicht zu verweilen, sich friedlich aufzuhalten, bei Spielen (z.B. Pétanque, wie unter südfranzösischen Platanen) zuzuschauen, zur Kaffeepause mit Grosseltern und Enkeln nach dem Einkauf in der Migros, beim Beck und in der Apotheke, mit anschliessendem Besuch in der Bibilo- und Ludothek. Frau Hauser aus dem Domicil bietet ihre nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung an und gibt den Kindern und Jugendlichen hilfreiche Tipps fürs Leben mit auf den Weg. Die älteste Generation trifft sich mit der jüngsten beim Sandkasten, man versteht sich prächtig. Die Alten wissen nicht mehr so genau, wie es ist, und die Kleinen noch nicht, wie es sein könnte. Und so finden sie sich in ihrer ganz eigenen Welt, wo andere

Werte zählen. Landwirte aus der Umgebung bieten an ihren Ständen frisches Obst und Gemüse an und kommen mit den Agglomeriten ins Gespräch über Sinn und Unsinn der jüngsten Gemeinderatsentscheide, die Milchpreise oder die beschlossene Feuerwehrfusion mit Meikirch. Der Gemeinderat wirbt an einem Stand für die von der Gemeinde geförderten Seniorenwohnungen auf dem sanierten Migrosgebäude auf der anderen Seite der für alle Verkehrsteilnehmer freundlich gestalteten Strassenkreuzung. Da wird neu der motorisierte Verkehr in den Untergrund verlegt und taucht erst nach der Garage oder in Wohlen wieder auf. Fussgänger und Velofahrer üben sich im gegenseitigen Respekt auf dem verkehrsberuhigten erweiterten Dorfplatz. Am Generationenjassturnier mit TeilnehmerInnen aus vier Generationen verteidigt die 90-jährige Hanni ihren Königintitel mit dem 19-jährigen FAGE-Angestellten aus der Hausmatte. Der Domicilbewohner Fritz ruft von seinem Balkon: «Guet Nacht am sächsi! Das muess de hüt nid

unbedingt si! Ig chume o no chli abel!» Unten angekommen gesellt er sich zum Generationentisch, wo gerade eine heisse Diskussion zur Organisation des nächsten Kulturfestivals mit der Theatergruppe «Vor Ort» stattfindet.

Wir sollten nie aufhören zu träumen!

Generationen verbinden heisst für mich, wieder vermehrt aufeinander zuzugehen, einander zuzuhören. So wird der Beitrag von jedem Einzelnen ein Beitrag für unsere Gemeinde. Darum

ZUM ORTSPOLIZEIREGLEMENT

Es sei nicht verhohlen, dass die SPplus sich etwas schwertut mit dem an der nächsten Gemeindeversammlung zur Abstimmung kommenden Ortspolizeireglement, obwohl dieses einige positive Neuerungen bringt. Warum ist das so? Es hat damit zu tun, dass das Reglement anfänglich wie ein Hüftschuss in einem schlechten Western daherkam; die (nachweislich falsche) Wodka-Geschichte trug dazu bei, dass in der Presse nur über die problematischen Artikel geschrieben wurde. So war bereits Feuer im Dach, noch bevor ein partizipativer Prozess überhaupt hätte in Gang kommen können. Wie schon beim unseligen strategischen Schulschliessungsentscheid hat es das Präsidialdepartement nicht geschafft, eine der Thematik angepasste Informationsstrategie zu entwickeln. Im Übrigen wurde durch die Art und Weise der Kommunikation die Jugend generell in ein schlechtes Licht gestellt. Das ist nicht akzeptabel. Wenn nicht die SPplus-GemeinderätInnen darauf gedrängt hätten, die Vernehmlassung für alle Einwohner zu öffnen und eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung durchzuführen, hätten die nicht in einer Partei organisierten Bürgerinnen keine Möglichkeit gehabt, sich zu äussern. An der Veranstaltung vom 9.9.2013 sind dann aber einige wichtige Punkte doch noch zur Sprache gekommen und mindestens teilweise in die nun vorliegende Fassung eingeflossen, so zum Beispiel eine Präambel, wie sie die SPplus bereits in der Vernehmlassungsantwort vom 20.2.2013 vorgeschlagen hatte (die ganze Vernehmlassungsantwort kann im Internet unter www.spplus-wohlen.ch nachgelesen werden). Es sind nicht alle unsere Vorschläge aufgenommen worden, einige jedoch schon. Wir sind bereit, einige «Kröten» zu schlucken. Drei Artikel allerdings sind für uns mindestens in der vorliegenden Form unannehmbar. Es sind dies die Artikel 15, 17 und 19.

braucht es einen Ort, den wir alle zusammen nutzen und wo wir uns begegnen können. So verbinden wir nicht nur Generationen, sondern die obere mit der unteren Gemeinde, und wir interessieren uns für die Anliegen der anderen.

Deshalb «JA» zur Dorfplatzsanierung.

Maja Gerber Schneider

Der Artikel 15 postuliert ein Aufenthaltsverbot auf allen Schularealen zwischen 23.00 und 06.00 Uhr. Wir sind nicht blauäugig und sehen durchaus, dass zurzeit eine gewisse Problematik besteht; dies geht aus Schilderungen der Hauswarte klar hervor. Wir würden dem Gemeinderat jedoch gerne ein Instrument in die Hand geben, das es ihm erlauben würde, den Aufenthalt an den jeweils neuralgischen Punkten für eine begrenzte Dauer (z.B. für zwei Monate) zu verbieten. Es könnte ja sein, dass plötzlich nicht mehr die Schulhausareale «In-Places» sind, sondern andere Orte oder Plätze. Wir denken nicht, dass es sinnvoll wäre, bei jeder neu entstehenden Problemzone das Ortspolizeireglement zu ändern. Die Nennung von bestimmten Örtlichkeiten ist also keine sehr weitblickende Lösung.

Der Artikel 17 befasst sich mit der Videoüberwachung. Diese ist im kantonalen Polizeigesetz in den Artikeln 51 bis 51f geregelt. Im Ortspolizeireglement müsste definiert werden, wer die Kompetenz hat, einen Antrag auf Überwachung zu stellen. Unserer Ansicht nach müsste diese Kompetenz dem Gesamtgemeinderat übertragen werden. Generell sind wir für eine sehr zurückhaltende Anwendung der Videoüberwachung.

Mit dem Artikel 19 würde ein Ausgehverbot zwischen 22.00 und 06.00 Uhr für unter 12-Jährige eingeführt. Auch wenn der Gemeindepräsident nicht müde wird zu betonen, es handle sich nicht um ein Ausgehverbot, so ist es halt doch eines. Ein solches Verbot ist unsinnig. Selbstverständlich sind auch wir nicht der Ansicht, unter 12-Jährige sollten die ganze Nacht in der Gemeinde herumstreunen. Wenn dies doch vorkommen sollte, müssten die zuständigen Stellen (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Sozialdienst) eingreifen. Diesen Behörden ist in den letzten Jahren kein einziger solcher Fall bekannt geworden. Zudem wurde



Maja Gerber Schneider
Gemeinderätin



Bänz Müller
Gemeinderat

das vorliegende Reglement unter anderem mit der Lärm- und Litteringproblematik begründet. Dafür sind jedoch mit Sicherheit nicht die noch nicht zwölf Jahre alten Gemeindebewohner verantwortlich.

Wir werden an der Gemeindeversammlung die drei erwähnten Artikel aktiv bekämpfen und bitten um Ihre Unterstützung.

Als Gemeindepräsident werde ich im nächsten Jahr dafür sorgen, dass wichtige Geschäfte in adäquater Weise mit den Gemeindebürgerinnen und -bürgern besprochen werden. Das wird dem Klima in der Gemeinde mehr als nur dienlich sein.

Bänz Müller

STADTTHEATER, POLITIK UND IDENTITÄT



Ursula E. Brunner
Gemeinderätin

Im antiken Modell von Demokratie kam dem Theater eine politische Bedeutung zu. Es zielte darauf, eine Brücke zum passiven Publikum zu schlagen, um ihm Identität zu vermitteln. Im Stadtstaat Athen herrschte Theaterpflicht, der Theaterbesuch wurde bezahlt. Möglicherweise waren die Athener Bürger als Ganzes gebildeter als Bürgerinnen und Bürger in den heutigen Demokratien.

Auch bei den Römern wurde das Theater als staatliche Einrichtung betrachtet. Aus dem Mittelalter kennen wir die kirchlichen Mysterien- und Passionsspiele, die manchmal tagelang dauerten. In der Renaissance und im Barock spielte das Theater eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liberalisierte sich die Theaterszene zunehmend. Damals, aber auch in der Zeit nach den sozialen Umwälzungen, begannen sich neue Theaterformen zu entwickeln, lokal in Europa unterbrochen vom Nationalsozialismus.

1903 wurde das Stadttheater Bern eröffnet. Das Theater war damals eher ein «Spielzeug des Bürgertums» und trug mit seiner Exklusivität zu dessen Identitätsfindung bei – vergleichbar mit den Anfängen des Theaters in Griechenland.

Heute, 30 Jahre nach der letzten Renovation, muss das Stadttheater Bern sicherheitstechnisch und baulich für total Fr. 45 Mio. saniert werden. Die geplante Sanierung ist ein Gemeinschaftsprojekt. Die Stadt, der Kanton und die Regionalkonferenz Bern-Mittelland treten als Finanzierer auf, die Stadtbauten Bern als Eigentümerin und Konzert Theater Bern als Nutzerin. Die Projektsteuerung liegt bei der Präsidioldirektion der Stadt Bern. Die 76 Regionsgemeinden sollen freiwillig 4,96 Mio. zur Sanierung beisteuern. Der Anteil der Kerngemeinde Wohlen beträgt gemäss Finanzierungsschlüssel der Regionalkonferenz Fr. 205'844.50. Zulasten des Kantons gehen Fr. 21 Mio. Die Stadt Bern als Eigentümerin muss gut Fr. 19 Mio. selber tragen.

Für die geplante Sanierung werden Steuergelder eingesetzt, damit seriös arbeitende Leute ein Gebäude instand stellen können, das es wirklich nötig hat. Wer den Beitrag an die Sanierung in Frage stellt, dem geht es wohl eher darum, die Zukunft dieses Ortes der Kultur in der Stadt Bern generell in Zweifel zu ziehen. Das Theater ist eine Schule des Sehens für alle Fragen des menschlichen Seins. In diesem Sinn könnte das Theater der Zukunft durchaus wieder vermehrt einen politischen Auftrag haben. Es braucht nicht gerade eine Theaterpflicht wie im alten Griechenland. Eine Entschädigung in Form von bezahlten Theaterbesuchen für jene Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Politik und anderswo ehrenamtlich engagieren, das könnte ich mir jedoch gut vorstellen.

Kommt bitte an die Gemeindeversammlung und stimmt dem Kredit von Fr. 205'855.50 für die Sanierung des Stadttheaters Bern zu. Danke!

Ursula E. Brunner

